

26.5.2020

Das Land entdeckt den Artenschutz

Dreierpakt: Regierung, Umweltschützer und Landwirte wollen sich gemeinsam mehr engagieren

Von Michael B. Berger

Wunstorf. Auf dem Blühstreifen einer alteingesessenen niedersächsischen Bauernfamilie in Wunstorf haben am Montag Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), zwei Landesminister und viele andere Akteure einen Vertrag unterzeichnet, der den Arten- und Naturschutz auf besondere Art fördern soll.

Wenn die Landesregierung sich von dem unterzeichneten Abkommen auch keine blühenden Landschaften wie nach der deutschen Vereinigung verspricht, so doch handfeste Ergebnisse von Verbänden. Der Bund für Naturschutz Deutschland (Nabu) und der Landvolkverband stehen sich sonst eher skeptisch gegenüber. Für den Artenschutz rücken sie zusammen. „Dieser gemeinsame Schulterschluss ist ein großer Erfolg für den Umweltschutz in Niedersachsen“, lobte der Ministerpräsident.

Es ist ein Anfang

Monatelang hatten zuvor Umweltminister Olaf Lies (SPD), Agrarministerin Barbara Otte-Kinast (CDU), der Nabu und die Vertreter der Landwirtschaft verhandelt. Die Ankündigung des Nabu von Anfang März, gemeinsam mit den Grünen ein Volksbegehren für mehr Artenschutz zu starten, sorgte für ein heftiges Zähneknirschen bei den Vertragspartnern – sogar unter den Umweltschutzverbänden, weil nicht alle den Zeitpunkt für besonders geschickt hielten.

„Aber ohne die Ankündigung dieses Volksbegehrens wären wir heute nicht so weit gekommen“, sagt der Nabu-Landesvorsitzende Holger Buschmann. Das neue Abkommen sei erst ein „Start-, aber noch kein Endpunkt“. Entscheidend sei, sagt Landvolk-Vizepräsident Holger Hennies, dass man über die angepeilten Ziele und Mittel „auf Augenhöhe“ verhandelt habe. Vereinbart wurden unter anderem:

■ **Breitere Gewässerrandstreifen:** Entlang der Gewässer dürfen weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. An großen Flüssen müssen diese Schutzstreifen zehn Meter breit sein, an kleinen Flüssen fünf und an Bächen drei Meter – in Ausnahmefällen reicht ein Meter. Dafür muss das Wassergesetz angepasst werden, und die Bauern, die weniger Fläche bewirtschaften können, bekommen Ausgleichszahlungen – der Naturschutz wird also honoriert. „Das wird finanziert durch eine Erhöhung der Wasserentnahmegebühr“, erläuterte Umweltminister Lies. Dies bedeute aber für die Bürger eine nur geringe Erhöhung, durchschnittlich im einstelligen Euro-Bereich pro Jahr.



Die Flora, die Fauna und das Habitat: Mit dem „Niedersächsischen Weg“ haben sich die Landesregierung, Naturschützer und Bauern auf verbindliche Ziele für einen besseren Schutz der Natur verständigt.

FOTOS: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

■ **Besondere Naturschutzgebiete:** Seit 1992 schon fordert die Europäische Union die Einrichtung sogenannter Natura-2000-Gebiete zum

Schutz gefährdeter wild lebender heimischer Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume. Weil auch Niedersachsen damit im Verzug ist, droht die EU der Bundesrepublik Bußgelder an. Das Land will jetzt mehr Tempo machen und für die nächsten drei Jahre jeweils zusätzlich 30 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen. Bis 2025 will es damit etwa 15 zusätzliche ökologische Stationen schaffen, die sich um die Gebiete kümmern.

■ **Mehr Biotope:** Bis 2023 soll auf 15 Prozent der Fläche Niedersachsens ein landesweiter Biotopverbund entstehen. Es soll mehr Landschaftselemente wie Hecken, Baumreihen und Alleen geben sowie mehr ökologische Beratung für Landwirte.

■ **Mehr Bio:** Der Anteil des Ökolandbaus soll von derzeit knapp 5 Prozent bis 2025 auf 10 Prozent wachsen, bis 2030 sogar auf 15 Prozent. Dies soll durch gezielte Förderung (auch der EU) geschehen. Einschränkung heißt es, es müsse die Entwicklung des Marktes beobachtet werden.

Wildgebiet im Solling

Alle Roten Listen der bedrohten Arten Niedersachsens müssen außerdem überarbeitet und aktualisiert werden. „Das ist bitter notwendig, denn wir haben nur wenige und schlechte Dateien“, sagte Nabu-Chef Buschmann, der jetzt beobachten will, ob die vereinbarten Maßnahmen auch beschlossen und in Gesetze gegossen werden. Ferner soll im Solling bis 2028 ein 1000 Hektar großes Wildnisgebiet entstehen.

„Es liegt viel Arbeit vor uns, wir haben aber entscheidende Leitplanken gesetzt“, sagte Umweltminister Lies. Das sei letztlich „die Skizze, an der wir weiterarbeiten“, meinte Agrarministerin Otte-Kinast. „Entscheidend ist, dass man auf Augenhöhe spricht“, erklärte Landvolk-Vize Hennies.



Ministerpräsident Stephan Weil.

KOMMENTAR

Drohkulisse



Von Michael B. Berger

So wie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, schafft ein einziger Blühstreifen noch kein Landesbiotop. Und im selbst ernannten Agrarland Nummer eins sind Blühstreifen nicht immer erwünscht, sie rauben einer straff organisierten Landwirtschaft die Fläche – ein klassischer Nutzungskonflikt. Den will Niedersachsens Landesregierung nun lösen und hat sich auf einen mühsamen, doch richtigen Weg begeben. Denn es ist allemal ratsamer, Landwirte als Partner für den Naturschutz zu gewinnen, als sie zu verdammern und unnötige Fronten aufzubauen.

Doch die Bewährungsprobe für die von Umweltminister Olaf

Lies (SPD) als „niedersächsischer Weg“ beschriebene Route kommt noch. Viele der vereinbarten Maßnahmen müssen finanziert werden, Kompromisse auch noch bei bereits vereinbarten Zielen gefunden werden, etwa bei den verbreiteten Streifen an den Rändern von Gewässern. In manchen Gegenden kann ein drei Meter breiter Naturstreifen, der nicht mit Dünger oder anderen Mitteln bearbeitet werden darf, schon ein großes Hindernis für die Landwirtschaft bedeuten. Deshalb sollen Ausnahmen erlaubt sein. Aber allzu viele Ausnahmen darf es auch nicht geben. Das heißt viel Arbeit im Detail.

Das von den Grünen und dem Nabu gemeinsam eingeleitete Volksbegehren kann man als unfreundlichen Akt begreifen (so tun es die meisten der Verhandlungspartner) oder auch als Drohkulisse. Wie es scheint, war diese Drohkulisse vorerst erfolgreich – denn immerhin gibt es jetzt einen Plan. Jetzt muss sich der nur noch mit Leben füllen.